

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	70
		TOP:	1
	Verhandlung	Drucksache:	358/2022
		GZ:	JB
Sitzungstermin:	26.09.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	Herr Dr. Fiebig (KVJS)		
Protokollführung:	Frau Kappallo / pö		
Betreff:	Fachkräftemangel in pädagogischen Berufen - aktueller Sachstand und weitere Entwicklungspotenziale		

Vorgang: Jugendhilfeausschuss vom 11.07.2022, öffentlich, Nr. 55
Ergebnis: Einbringung

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Jugend und Bildung vom 20.06.2022, GRDRs 358/2022.

Folgende Anträge liegen den Sitzungsteilnehmenden vor:

- Liga der Wohlfahrtspflege Stuttgart "Liga-Positionen zur Jugendhilfeausschusssitzung am 29.09.2022"
- Konferenz der Gesamtelternbeiräte "Positionierung der KdGEB Kita Stuttgart zur JHA-Sitzung am 26.09.2022".

Diese Anträge sind dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Eingangs stellt die Vorsitzende Herrn Dr. Fiebig vom KVJS vor und weist dabei auf die Impulse hin, die sich in einem Vorgespräch mit Herrn Dr. Fiebig abgezeichnet hätten. Anschließend berichtet Herr Dr. Fiebig analog der Präsentation zum Fachkräftemangel in pädagogischen Berufen mit Blick auf Landesperspektiven und Landespotenziale. Um der genannten drohenden Abwärtsspirale zu begegnen, so Herr Dr. Fiebig, bedürfe es einer besseren landesweiten Datenlage zu bestehenden Bedarfen. Vom Landesju-

gendamt werde ein kostenfreies Planungsinstrument für die Kommunen angeboten, mit dem die Bedarfsplanung digital durchgeführt werden könne. An der einen oder anderen Stelle bedürfe es allerdings der finanziellen Unterstützung des Landes. Wenn 80 % der Kommunen dieses Planungsinstrument einsetzen, hätte das Land eine bessere Planungsgrundlage, stellt Herr Dr. Fiebig klar. Die Landeshauptstadt Stuttgart bediene sich bereits dieses Instruments.

Die Anstrengungen, die in der Vergangenheit unternommen worden sind, um die zusätzlichen Anforderungen zu erfüllen, so die Vorsitzende, seien durchaus umfangreich und erfolgreich gewesen. Sie verweist auf die übersandte GRDRs 358/2022, in der zur Vorbereitung auf die heutige Sitzung und die weitere Diskussion Maßnahmen zusammengestellt worden seien.

In den Maßnahmen komme zum Ausdruck, dass ein Zuwachs von 88 % an Fachkräften in den letzten 15 Jahren bei den freien Trägern sowie beim öffentlichen Träger der Jugendhilfe zu verzeichnen sei, wobei weitere rechtliche Verpflichtungen wie die Inklusion und die Schulkindbetreuung GaFöG (Ganztagsförderungsgesetz - Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter) umgesetzt werden müssen. Ein weiteres Wachstum der Jugendhilfe sei unrealistisch. Die Kernfrage laute, wie können die Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe mit Schwerpunkt der Kita-Versorgung in guter Qualität mit Wertschätzung für die Erzieher*innen und der anderen Mitarbeiter*innen in diesem Bereich geleistet werden? Daraus ergebe sich die Frage, wie werden die personellen Ressourcen unter Betrachtung der Aufgabenerfüllung eingesetzt? Es müssen Lösungen hinsichtlich der Personalressourcen gefunden werden wie auch das Aufgabenspektrum im Blick gehalten werden, ergänzt die Vorsitzende.

Frau Dr. Heynen (JugA) erwähnt, Herr Dr. Fiebig habe auf die demografische Entwicklung verwiesen. Diese Situation müsse kompensiert werden. Bei den pädagogischen Fachkräften gebe es eine hohe Fluktuation, die sich allerdings häufig innerhalb der Jugendhilfe weiterentwickelten.

Für StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE) stellt sich als Dreh- und Angelpunkt die Frage, ob eine Aufstockung der Kitagruppen in Betracht kommen könne. Die Frage, die sich hierbei stelle: Wie könne den 3.000 Kleinkindern, die bisher keinen Betreuungsplatz erhalten hätten, geholfen werden? Die Idee der Landesregierung, Kitagruppen zu vergrößern, sehe sie ambivalent. Das Personal könne nicht an die Belastungsgrenze gebracht werden. Eine weitere Frage, die ihre Fraktion beschäftige, sei, welche Berufsgruppen könnten über Erzieher*innen hinaus in den Kitas arbeiten. Sie halte die Qualität für enorm wichtig und plädiere daher dafür, nicht zu viele fachfremde Personen in der Kita als Arbeitskräfte zu beschäftigen. Die Verwaltungsarbeit allerdings könne von fachfremden Personen übernommen werden. Der Anspruch auf frühkindliche Bildung könne durch eine Erhöhung der Gruppenstärke beeinträchtigt werden, bemerkt die Stadträtin. Es müsse überlegt werden, wie pädagogisches Personal von Aufgaben entlastet werden könne, wie in dem Antrag Nr. 255/2022 der CDU-Gemeinderatsfraktion gefordert werde. Eine weitere Personalgewinnungsmaßnahme sei ihrer Ansicht nach die Unterstützung der Azubis mit Stipendien sowie Personalwohnungen. Mittelfristig müsse mit dem Land an der Ausweitung der Ausbildungsplätze gearbeitet werden.

Den Worten seiner Vorrednerin sich anschließend merkt StR Dr. Nopper (CDU) an, die demografische Entwicklung sei seit Jahren abzusehen gewesen. Das produktive Segment müsse weiter ausgeweitet sowie gegebenenfalls das Renteneintrittsalter erhöht

werden. Seiner Ansicht nach müsse eine Aufstockung in den Kitagruppen vorgenommen werden, um den Ansprüchen Rechnung zu tragen. Dabei könne der Einsatz eines Kita-Managers, die Zusatzbelastung für die Erzieher*innen abfedern. Dieser Vorschlag wird rundum von den Stadträt*innen begrüßt. StR Dr. Nopper interessiert die Gehaltsentwicklung der Erzieher*innen in den letzten Jahren. Die Gehälter seien überproportional gestiegen, erklärt Frau Dr. Heynen.

StRin Meergans (SPD) bedankt sich für die zahlreichen Stellungnahmen, die in der Vorlage genannt werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Absicherung der beruflichen Tätigkeit sowie der Anspruch auf frühkindliche Bildung sei eine schwierige Gemengelage. Vor dem Hintergrund, dass Stuttgart wegen seines teuren Pflasters gegenüber seinen "Kragenrandkreisen" Nachteile bei der Personalgewinnung habe, könne die Stadt mit einem kostenlosen VVS-Ticket punkten, so die Stadträtin. Diesen Vorschlag greifen Herr Schulze-Gronemeyer und StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) auf. Eine Aufstockung der Kitagruppen, so StRin Meergans, könne sich ihre Fraktion aktuell nicht vorstellen. Dagegen sehe sie den Einsatz der Handwerkerteams, wie sie im schulischen Bereich etabliert worden seien, im Kitabereich als sinnvoll an, damit Kitaleitungen von der Beauftragung von Kleinstreparaturen freigestellt würden. Eine Ausweitung des Fachkräftecatalogs in Richtung verwandter Berufe sehe sie als Chance, Personal in den Kitas aufzustocken. Zum Ende des Wortbeitrags interessiert StRin Meergans wie auch weitere Mitglieder des Gremiums, wie mit den in der Vorlage genannten Vorschlägen im weiteren Verlauf umgegangen werde. Wie ihre Vorredner*innen spricht sich StRin Meergans für eine trägerübergreifende Arbeitsgruppe aus. Auch bei den Zulagen, wie etwa dem Tarif+, könne sich die Stadt großzügiger zeigen, wie auch gegenüber Kitaleitungen, so die Ansicht der StRe Pantisano und Meergans.

StR Pantisano spricht sich explizit für eine bessere Bezahlung der Erzieher*innen aus, um dem Fachkräftemangel in diesem Bereich zu begegnen. Im Weiteren bezieht er sich auf die Stellungnahme der Konferenz der Gesamtelternbeiräte sowie auf die Vorschläge der Liga der Wohlfahrtspflege und schließt sich diesen vollumfänglich an. Im Gegenzug lehnt der Stadtrat eine Aufstockung der Kitagruppen ab, da diese Situation für die Kinder und die Erzieher*innen nicht zumutbar sei. Darüber hinaus plädiert StR Pantisano für einen kostenlosen Kitabesuch der Kinder von berufstätigen Erzieher*innen, die in einer Kita tätig seien. Er bittet die Verwaltung um eine schriftliche Beantwortung des Antrags der Liga der Wohlfahrtspflege Stuttgart.

Die Tatsache, dass 41 % der Kinder nicht Deutsch sprechen sowie dass der spätere Bildungserfolg dieser Kinder von ihren Deutschkenntnissen abhängt, beschäftigt StRin Yüksel (FDP). Sie wie auch StR Sailer (FW) loben, was in Stuttgart für diese Kinder im Rahmen der Bildungsgerechtigkeit bereits getan worden ist. Bezogen auf den Antrag Nr. 255/2022 der CDU-Gemeinderatsfraktion, der unter dem heutigen TOP 1a, NNr. 71, beraten wird, sprechen sich StRin Yüksel und StR Sailer für den Vorschlag, den Einsatz von Kita-Managern, aus, der im Rahmen eines Pilotprojekts erprobt werden sollte. Im Hinblick auf die Personalgewinnung sollten Personalwohnungen für Azubis vorgesehen werden, so StRin Yüksel, sowie finanzielle Zulagen gegenüber Kitaleitungen. Diese Ansicht vertritt ebenfalls Herr Schulze-Gronemeyer, der sich für einen Tarif+ für Kitaleitungen ausspricht.

StRin Hübsch (PULS) favorisiert eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Zulagen für die Erzieher*innen. Eine Aufstockung der Kitagruppen könnte sich negativ auf

die Arbeitsbedingungen der Berufsgruppe auswirken, bemerkt die Stadträtin. Der Antragstellung der CDU-Fraktion schließe sich ihre Fraktionsgemeinschaft an, nachdem bereits im November 2021 ihrerseits der inhaltlich ähnlich lautende Antrag Nr. 1326/2021 "Aufstockung von Personal in der Kinderbetreuung - Team-Assistenz" gestellt worden sei.

StR Ebel (AfD) betont, ohne eine Anhebung des Gehalts für das Kitapersonal werde die Personalgewinnung nicht ausreichend sein.

Herr Käpplinger sowie Herr Biermann plädieren für einen Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses, der die Entwicklungen in der Kinder- und Jugendhilfe hinsichtlich der Anforderungen, der Personalgewinnung sowie der Altersstruktur aufgreife. Herr Käpplinger unterstreicht, es seien der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz sowie das Recht auf frühkindliche Bildung etabliert worden. Auf diese Situation hätten sich die Fachkräfte eingelassen, wobei die Kinder in den Kitas ein verlässliches Gegenüber benötigten. Es müsse alles darangesetzt werden, dass das Personal in den Kitas bleibe, damit sich die Bezugspersonen nicht dauernd änderten. Zumal für den Bildungserfolg der Kinder unter 3 Jahren der Besuch einer Kita unerlässlich sei. Durch eine mögliche Aufstockung der Kitagruppen äußern sich die Herren Käpplinger und Biermann alarmiert, da sie befürchten, dass noch mehr Kitafachkräfte in andere Bereiche abwanderten.

Im weiteren Verlauf beziehen sich Herr Schulze-Gronemeyer, Herr Käpplinger und Herr Biermann auf die aktuellen Maßnahmenvorschläge sowie auf die aufgeführten Punkte des Positionspapiers der Liga der Wohlfahrtspflege Stuttgart. Herr Schulze-Gronemeyer favorisiert die schnelle Etablierung einer Arbeitsgruppe, um trägerspezifisch Maßnahmen zu vereinbaren und umzusetzen.

Herr Biermann weist auf die Beendigung der Förderung von Sprachkitas hin und spricht von einem "bundespolitischen Fiasko". Auf Landesebene sei eine Verschlechterung durch die Vergrößerung der Kitagruppen zu befürchten. Die Erzieher*innen seien schon aktuell an der Belastungsgrenze, so Herr Biermann. Die Stellungnahme der Liga sowie der Konferenz der Gesamtelternbeiräte äußerten sich einmütig, dass es keine Verschlechterung der Standards in den Kitas geben dürfe. Eine Verschlechterung der Standards würde zur Abwanderung der Fachkräfte führen. Darüber hinaus setzt er sich dafür ein, nicht eingesetzte finanzielle Haushaltsmittel für nicht besetzte Stellen in der Kindertagesbetreuung aufzuwenden. Die Vorsitzende erwidert, es stehe erst im April 2023 nach der Abrechnung mit den freien Trägern fest, in welcher Höhe finanzielle Mittel kurzfristig einsetzbar seien. Es gebe keine freien Verfügungsmittel, die beliebig für kurzfristige Maßnahmen einsetzbar wären. Zusammenfassend plädiert Herr Biermann für die kurzfristige Einsetzung einer Arbeitsgruppe sowie für einen Unterausschuss des JHA, der sich mit dem Thema des wachsenden Fachkräftemangels befasst. Herr Wiese bringt einen Jahresbonus als wichtiges Signal ins Spiel sowie die Möglichkeit der Ausbezahlung von Überstunden. Frau Dr. Heynen erläutert, die LHS kappe die Überstunden erst, wenn sich diese auf über 100 summierten nach einem halben Jahr. Allerdings bleiben die Überstunden in begründeten Fällen bestehen, ergänzt die Jugendamtsleiterin.

Aus Kinderperspektive argumentiert Frau Haller-Kindler (OB-KB), alle Kinder hätten das Recht auf eine gute Entwicklung. Allerdings sei es so, dass es in Stuttgart vier- bis fünfjährige Kinder gebe, die noch nie eine Kita besucht hätten. Darüber hinaus gebe es ei-

ne Ungleichverteilung. Dabei verweist die Kinderbeauftragte auf Artikel 2 der Kinderrechtskonvention, wonach alle Kinder das gleiche Recht hätten. Eine weitere Problematik sei, wie viel Zeit und Mühe Eltern investierten, damit ihre Kinder einen Kitaplatz erhielten. Bei den Eltern mit guter Bildung sowie einem guten Netzwerk sei die Wahrscheinlichkeit größer, dass das Kind einen Kitaplatz bekomme. Ihr Anliegen sei, dass alle Kinder eine Chance auf einen Kitaplatz erhalten.

Die Vorsitzende weist auf unterschiedliche Perspektiven und Interessen in dieser Gemengelage hin. Zu der einen Perspektive gehörten die Kinder, die Träger, die Erzieher*innen sowie die Kita-Eltern, die sich zu einer Aufstockung der Kitagruppe geäußert hätten. Zu der anderen Perspektive und Interessenlage gehörten die Kinder, die keinen Kitaplatz hätten, sowie die Eltern von diesen Kindern, die nicht verbandlich organisiert seien und für die sich niemand einsetze. Um diese Kinder müsse sich die Stadt Stuttgart ebenfalls kümmern, da sie einen Anspruch auf einen Kitaplatz hätten. Ihre Aufgabe als Bürgermeisterin und die der Mitglieder des JHA sei es, sich um alle Kinder der Stadt zu kümmern. Alle Ansprüche müssten bedacht werden. Diese Situation führe zu einem Dilemma zwischen der Aufrechterhaltung der Qualität, der Standards und der Arbeitsbelastung der Erzieher*innen, die nicht verschlechtert werden sollen. Auf der anderen Seite müssen noch Kinder in den Kitas untergebracht werden. Langfristig könne Abhilfe über weitere Ausbildungsplätze geschaffen werden. Angesichts der fehlenden 3.000 Kitaplätze könne nicht kurzfristig Abhilfe in dieser Situation geschaffen werden. Auch über eine Anhebung des Gehalts der Erzieher*innen lasse sich nicht mehr Personal akquirieren. Es sei eine Gehaltssteigerung von 35 % in den letzten 10 Jahren bei Erzieher*innen, verglichen mit anderen Berufsgruppen, die vergleichbar seien, erreicht worden. Es müsse eine Gehaltsbalance im Sinne der Gerechtigkeit mit anderen Berufsgruppen bestehen. Bei den Kitaleitungen werde eine Einbeziehung des Tarif+ vonseiten der Verwaltung in den nächsten Haushaltsplanberatungen eingebracht. Angesichts der Not der Kinder, die keinen Kitaplatz erhalten hätten, werde an Maßnahmen gedacht, die kurzfristig greifen können.

Zusammenfassend schlägt die Vorsitzende zum weiteren Vorgehen vor: Dem von den Trägern geäußerten Wunsch nach einer Arbeitsgruppe könne sie folgen. Die Einberufung eines Unterausschusses sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll, da es sich um ein gemeinderätliches Gremium handle und Zeit benötige, auf den Weg gebracht zu werden. Die Ergebnisse und Vorschläge der Arbeitsgruppe werden in den JHA eingebracht, ergänzt die Vorsitzende. BMin Fezer kündigt an, der Antrag Nr. 255/2022 der CDU-Gemeinderatsfraktion "Pilotprojekt: Kita-Manager" werde ebenfalls in der Fach-Arbeitsgruppe behandelt und das Für und Wider im JHA vorgestellt werden. Die einzig mögliche kurzfristige Maßnahme, um Kindern einen Kitaplatz zu verschaffen, liege in der Aufstockung der Gruppen um ein bis zwei Kinder. Durch eine Vergrößerung der Gruppen könnten alle Kinder einen Kitaplatz erhalten. Allerdings könne eine Änderung des Stellenschlüssels in Stuttgart nicht vorgenommen werden, da die Stadt dazu nicht befugt sei. Diese Aufgabe habe das Land inne, erklärt die Vorsitzende. Das Land plane neue Regeln, die auf eine Erhöhung der Kinderzahlen in den Gruppen hinauslaufe bei einer gleichzeitigen Entlastung der Fachkräfte.

Herr Käpplinger äußert sich im Namen der freien Träger einverstanden mit dem weiteren Vorgehen. Auf eine Frage von StRin Nuber-Schöllhammer, wer der Arbeitsgruppe angehören werde, antwortet die Vorsitzende, die Verwaltung werde die Arbeitsgruppe mit Trägern, zwei Stadträten einer Fraktion und Fachleuten zusammenstellen. Herr Wiese legt auf eine Beteiligung in der Arbeitsgruppe Wert. Im Nachgang der Sitzung

werden die Mitglieder des JHA schriftlich über die Einrichtung der Arbeitsgruppe informiert, so die Vorsitzende.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat vom Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Jugendamt (28)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-ICG
 3. OB-KB
 4. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 5. GPR (2)
 6. Stadtkämmerei (2)
 7. Amt für Revision
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand